



Kinder in Sierra Leone

Das Projekt »Pikin Paddy« bietet Straßenkids Unterstützung. **Seite 10**

Foto: imago/ZUMA Press

Wohnungen für Berlin

Geringverdiener können sich keinen Umzug leisten. **Seite 11**

Hermann Kant zum 90.

Ein Leben als Balanceakt – politisch und literarisch. **Seite 15**

Foto: nd/Ulfi Winkler



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 14. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 137

STANDPUNKT

Die USA am Scheideweg

Velten Schäfer über das Attentat von Orlando und die US-Wahlen

Obwohl sich niemand das vorstellen möge, sei ein Präsident Donald Trump nicht ausgeschlossen, sagte jüngst der amerikanische Schriftsteller Aleksandar Hemon: Terror im Wahlkampf etwa könne viel bewegen.

War »Orlando« dieser Katalysator? Bevor noch die Opfer identifiziert waren, startete Trump durch: Er dankte für die »Glückwünsche«, die ihn ob seiner »Stärke« erreichten, spielte – wiewohl der Täter US-Bürger war – auf einen Muslim-Einreisestopp an und forderte den Rücktritt der Schwächlingsregierung. »IS versus US«, bringt die »New York Post« diese außenpolitische Interpretation des blutigsten Schusswaffenmassakers in der Landesgeschichte auf den Punkt: Die gegen uns.

Eher innenpolitisch klingt dagegen das Konkurrenzblatt »Daily News«. »Danke, NRA«, titelt es bitter: Die Waffenlobby sei mitverantwortlich für dieses aberwitzige Hassverbrechen mit »Tötungsmaschinen«.

Schon heißt es allerorten, die Bluttat von Orlando werde das Land verändern. In der Tat stehen die USA am Scheideweg: Welche Lesart setzt sich durch? Sollte die Tat nicht zuletzt als Bindeglied zwischen Trump und der Kreuzritterfraktion fungieren, die mit dem schillernden Magnaten trotz dessen Islam-Bashing bisher fremdelt. Das wäre ein Treppwitz: Ein Massenmord an Schwulen und Lesben brächte dann eine religiöse Rechte in die Nähe der Macht, die Homosexualität selbst zutiefst verachtet.

UNTEN LINKS

Das wachsende Gefühl allgemeiner Verunsicherung wird gern mit dem Hinweis auf Statistiken vom Tisch gewischt, die belegen sollen, dass keineswegs mehr gemordet und gemeuchelt werde als früher. Selbst die verrohte Jugend, versiert in Ballerspielen und Mitschülermobbing, haue in echt gar nicht häufiger drauf. Doch wir nehmen die Sorgen der Bürger ernst, wir wissen, wo überall Gefahren lauern! Auf deutschen Stiegen ereignen sich jährlich 600 000 Unglücke, Arbeitsunfälle drohen vermehrt montags und Gewinnwarnungen jederzeit. Greifvögel attackieren Jogger, und der Wolf ist schon bis vor deutsche Stoßstangen vorgedrungen. Legionellen besiedeln die Dusche, Salmonellen den Kartoffelsalat, und jeder Butterkeks kann Spuren von Nüssen enthalten. Nicht einmal die letzte Ruhestätte ist sicher: Jährlich ereignen sich 100 Unglücke durch umstürzende Grabsteine. Also ab ins Bett und Decke über den Kopf, aber vorher die EM-Schminke entfernen, denn die ist voller Schadstoffe! rst

ISSN 0323-3375



Massenprotest statt Fanmeile

Senat berät umstrittene Reform des Arbeitsgesetzes in Frankreich / Gewerkschaften und linke Gruppen rufen zu Demonstrationen



Foto: Reuters/Philippe Wojazer

Berlin. Der Unmut gegen die Reform des Arbeitsrechts in Frankreich könnte schon jetzt kaum größer sein. An diesem Dienstag wollen wieder zehntausende Gewerkschafter, Schüler und Studenten sowie Anhänger der Bewegung »Nuit Debout« (Die Nacht über wach) gegen die Pläne der Regierung von Manuel Valls in Paris demonstrieren. Kurz zuvor wurde bekannt, dass mit der Lesung des Gesetzes im Senat, mit dem eine Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden soll, nicht etwa auf den Protest eingegangen wird. Vielmehr soll die Reform sogar noch verschärft werden. In der zweiten Parlamentskammer verfügt die konservative Opposition über die Mehrheit. Sie will Entlassungen noch weiter vereinfachen.

Mit der zu befürchtenden Gesetzesverschärfung wächst der Protest der Gegner – trotz der laufenden Fußball-Europameisterschaft im Land. »Wenn ich zwischen der EM und meiner Zukunft wählen muss, dann wähle ich meine Zukunft«, sagt dazu der Soziologe und Aktivist Hadrien Clouet im nd-Interview. Er habe kein Problem damit, die EM zu sabotieren. »Wenn die Regierung uns dazu drängt, bleibt uns keine andere Wahl. Sie setzt sich einfach über das Parlament hinweg und drückt ein Gesetz durch, obwohl es die Mehrheit der Franzosen ablehnt«, so der Doktorand am Pariser Institut für politische Studien Sciences Po.

Die Regierung verteidigte die Reform erneut. Ziel sei es, gegen wachsende soziale Unsicherheit mit zahlreichen befristeten Arbeitsverträgen vorzugehen, sagte Arbeitsministerin Myriam El Khomri am Montag vor den Senatoren. **Seite 2**

Nach dem Morden feuert Trump

Suche nach den Motiven für die Bluttat von Orlando / Große internationale Anteilnahme

Nach dem Massaker im Schwulenklub »Pulse« in Orlando begann die Suche nach den Motiven des Täters. Die Bluttat wurde von Donald Trump in den US-Wahlkampf hineingezogen.

Orlando. Einen Tag nach dem Massaker von Orlando mit 50 Toten und 53 Verletzten blieben die genauen Hintergründe der schlimmsten Bluttat eines einzelnen Todesschützen in der US-Geschichte am Montag noch unklar. Um das Feuer auf feiernde Menschen zu eröffnen, war der Täter in ein Auto gestiegen und rund 170 Kilometer weit gefahren.

Die Bundespolizei FBI erklärte, der von den Ermittlern als Omar Mateen identifizierte Mann habe sich in einem Anruf bei der Polizei im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bluttat zum IS bekannt. Es hieß, er habe für eine Sicherheitsfirma in Florida gearbeitet und seine Waffen kurz vor der Tat legal erworben.

Das konnte er, obwohl das FBI 2013 und 2014 gegen ihn ermittelte. Dabei sei es auch um mögliche Verbindungen zum IS gegangen, sagte ein Vertreter der US-Bundesbehörde. Mateens 2011 von ihm geschiedene Ex-Frau sagte, ihr Mann sei gewalttätig und psychisch labil gewesen. Sie bezeichnete ihn als nicht sehr religiös. Nach Darstellung des IS-Radiosenders Al-Bajan war der Todesschütze ein Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat.

International wurde die Tat mit Entsetzen aufgenommen. Viele Gebäude erstrahlten zu Ehren der Opfer in den Regenbogenfarben der Schwulen- und Lesbenbewegung. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nannte das Massaker erschreckend. Russlands Präsident Wladimir Putin sprach von einem »barbarischen Verbrechen«.

Die Tat wurde binnen Stunden Gegenstand des US-Wahlkampfes. Während die Ermittlungen zu Motiven des Täters und ei-

ner Verbindung zur Terrormiliz IS noch laufen, forderte der republikanische Präsidentschaftsbewerber Donald Trump den US-Präsidenten Barack Obama zum Rücktritt auf. Dieser habe in seiner Stellungnahme nicht die Worte »radikaler Islamismus« be-

»Ein Akt des Terrors und des Hasses.«

Barack Obama
USA-Präsident

nutzt, kritisierte er. Trump twitterte, Orlando sei erst der Anfang, er habe es gewusst und nicht umsonst ein Einreiseverbot für Muslime gefordert. Er selbst geriet in die Kritik, weil er zunächst kein Wort für die Hinterbliebenen übrig hatte.

Obama sprach von einem »Akt des Terrors und des Hasses« und der schlimmsten Bluttat eines To-

desschützen in der US-Geschichte. Es sei aber »noch kein endgültiges Urteil gefällt, was die genaue Motivation des Killers angeht«. Er ordnete Trauerbeflagung an den Bundesgebäuden in den USA an.

Die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Hillary Clinton sprach sich erneut für ein strengeres Waffengesetz aus. Zwar hätten gesetzestreue Bürger ein Recht, eine Waffe zu tragen, sagte Clinton CNN. »Aber wir können Maßnahmen ergreifen, damit Waffen nicht in die Hände von Kriminellen und Terroristen fallen.«

Der Täter von Orlando sei auch nach islamischem Recht ein Gesetzloser, erklärte die größte Muslimorganisation der USA. »Es gibt für solch ein Verbrechen keinerlei Rechtfertigung«, sagte Nihad Awad vom CAIR (Council On American-Islamic Relations). In Deutschland trauerte der Lesben- und Schwulenverband um die Opfer. **Agenturen/nd Seite 3**

Dritter Platz beim Rüstungsexport

Branchendienst: Deutschland liefert vor allem nach Nahost und Nordafrika

Berlin. Deutschland war im vergangenen Jahr der drittgrößte Waffenexporteur weltweit – und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um zwei Plätze nach oben gestiegen. Davor rangieren die USA und Russland. Das meldete der als gut informiert geltende britische Branchendienst IHS »Jane's« am Montag. Deutsche Firmen haben demnach 2015 Waffen und Rüstungsmaterial im Wert von 4,8 Milliarden Dollar (4,2 Milliarden Euro) verkauft. Sogenannte Kleinwaffen und Munition sind nicht eingerechnet. Rund ein Drittel wurde nach Nahost und Nordafrika geliefert. Wichtigster Abnehmer war im vergangenen Jahr Saudi-Arabien, es folgen Algerien, Ägypten und Katar.

2014 belegte Deutschland noch Platz fünf. Frankreich fiel vom dritten auf den vierten, Großbritannien vom vierten auf den fünften Rang. Die Experten rechnen damit, dass der weltweite Waffenhandel 2016 nochmals auf einen Umfang von dann 69 Milliarden Dollar steigen wird. Vor allem die Märkte in Asien werden wachsen. **hei Seite 4 und 5**

Ditib distanziert sich von Drohungen

Verbandschef lehnt Hassaufrufe ab

Düsseldorf. Der Islamverband Ditib hat sich von den Anfeindungen gegen türkischstämmige Bundestagsabgeordnete wegen der Armenien-Resolution des Bundestags distanziert. »Wir verurteilen jede öffentliche Schmähung, jeden Aufruf zu Hass und Gewalt«, sagte der Generalsekretär der Türkisch-Islamischen Union (Ditib), Bekir Alboga, der »Rheinischen Post«. In anderer Weise hatte sich Zekeriya Altuğ vom Ditib-Bundesverband in der ARD-Tagesschau am Sonntag geäußert. Die Mitglieder des nach eigenen Angaben größten Islamverbands in Deutschland fühlten sich seit der Abstimmung nicht mehr von den türkischstämmigen Abgeordneten vertreten. »Bisher ja, mittlerweile leider nicht mehr«, sagte Zekeriya Altuğ. »Das ist natürlich ein riesiger Vertrauensverlust, der die Menschen hier weiter spaltet.« Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Krings (CDU), drohte in Deutschland lebenden Türken, die Bundestagsabgeordnete wegen der Armenien-Resolution anfeinden, mit Konsequenzen der Ausländerbehörden. **nd/Agenturen**

Kommentar Seite 4

Völkermord soll klar benannt werden

Namibia-Erklärung noch in dieser Legislaturperiode geplant

Berlin. Eine Völkermord-Erklärung zum Massaker deutscher Kolonialtruppen im heutigen Namibia soll spätestens im nächsten Jahr kommen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) arbeite mit Hochdruck daran, noch vor der Bundestagswahl eine gemeinsame Erklärung beider Länder zu vereinbaren, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin. »Der Verhandlungsprozess ist ziemlich weit fortgeschritten.«

Zwischen 1904 und 1908 hatten deutsche Truppen im damaligen Deutsch-Südwestafrika Zehntausende Herero und Nama umgebracht. In einer gemeinsamen Erklärung der Regierungen und Parlamente Deutschlands und Namibias soll dieses Massaker ausdrücklich als Völkermord bezeichnet werden. Angesichts der Armenien-Resolution des Bundestags hatte es Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) am Wochenende als »peinlich« bezeichnet, dass es bisher keine vergleichbare Erklärung zu den Morden an Herero und Nama gibt. **dpa/nd**